

Bezugspreis:

Für den Monat Oktober 1922... für den Monat Oktober 1922...

Telegramm-Adresse: 'Sozialdemokrat Berlin'.

Vorwärts Berliner Volksblatt

Anzeigenpreis:

Die einseitige Kopierleistung... Die einseitige Kopierleistung...

Anzeigen für die nächste Nummer... Anzeigen für die nächste Nummer...

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3... Kernsprecher: Redaktion: Dönhofs 292-295...

Freitag, den 27. Oktober 1922

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3... Postfachkonto: Berlin 375 86...

Die Verhandlungen in der Reichskanzlei.

Die Devisenverordnung. — Unmögliche Verhandlungsmethoden.

In der Besprechung der Sozialdemokraten mit dem Reichskanzler am Mittwoch war verabredet worden, daß am Donnerstag eine Konferenz mit den Parteiführern über die Devisenverordnung stattfinden sollte...

Die gestrige Besprechung mit den Parteiführern begann vormittag 11 Uhr in Anwesenheit des Reichskanzlers und des Reichswirtschaftsministers. An der Besprechung nahmen von der Sozialdemokratie die Genossen Hermann Müller, Dr. Breitscheid, Dr. Herz und Dr. Hilferding teil...

Nach den einleitenden Bemerkungen des Reichskanzlers wiesen die Sozialdemokraten darauf hin, daß die Devisenverordnung nur im Zusammenhang mit den anderen Problemen besprochen werden könne. Die Sozialdemokratische Fraktion habe stets die Auffassung vertreten, daß die Devisenverordnung als vereinzelte Maßnahme nie den gewünschten Erfolg haben könne...

Es entwickelte sich eine längere Debatte über die sozialdemokratischen Forderungen. Hierbei hatte insbesondere Genosse Dr. Hilferding Gelegenheit, in längeren Ausführungen die vorgeschlagenen Maßnahmen zu begründen. Er legte vor allem dar, daß eine Besserung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse nur dann eintreten könnte, wenn durch die Stabilisierung der Mark der Ausgangspunkt und die Voraussetzung für eine Verbesserung unserer Handels- und Zahlungsbilanz geschaffen würde...

Am Nachmittag antworteten die Vertreter der bürgerlichen Parteien auf die Vorschläge Hilferdings. Dabei kam allgemein die Auffassung zum Ausdruck, daß die vorgeschlagenen Maßnahmen zunächst in einem Unterausschuß, aus je ein bis zwei Vertretern der Parteien bestehend, geprüft werden sollten. Weiter beschäftigte man sich dann mit der Frage der Änderung der Devisenverordnung. Reichswirtschaftsminister Genosse Schmidt teilte mit, daß das Wirtschaftsministerium mit den übrigen beteiligten Ressorts wegen einiger notwendiger Änderungen Rücksprache genommen hat...

Im weiteren Verlauf der Aussprache stellte sich heraus, daß die Parteien der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft bereits in mehreren Sitzungen Vorschläge zu Änderungen der Devisenverordnung vorbereitet hatten, deren Durchföhrung die Devisenverordnung vollkommen unterhöhlen würde. Diese Vorschläge waren der Regierung jedoch noch nicht bekanntgegeben worden.

Während die Vertreter der Arbeitsgemeinschaft behaupten, daß man in der Beurteilung der Lage nicht so weit auseinandergehen und die Verschiedenheit der Auffassung nur in dem Reithoden liege, die nun angewendet werden sollten, zeigte sich bei der Beurteilung der Devisenverordnung sofort, daß die Gegensätze zwischen der Auffassung der Arbeitsgemeinschaft und der der Sozialdemokratischen Fraktion sehr groß waren.

Die Verhandlungen des gestrigen Tages müssen den Eindruck erwecken, daß ein Zusammenarbeiten zwischen den in dieser Besprechung vertretenen Parteien in der neuerdings üblichen Weise nicht länger möglich ist. Es geht einfach nicht an, daß die Vertreter der Arbeitsgemeinschaft in eingehenden Vorbesprechungen sich in den Details festlegen und dann als geschlossener Block in Besprechungen mit der Regierung und der sozialdemokratischen Fraktion eintreten. Die Regierung ist keine Regierung jener Arbeitsgemeinschaft, der auch die Deutsche Volkspartei angehört...

Kraft illustriert wird dieser Zustand auch durch die Tatsache, daß der deutsch-nationale 'Tag' gestern abend einen aus tatsächlichen Mitteilungen eines Konferenzteilnehmers beruhenden, aber im einzelnen durchaus schwindelhaften und tendenziös verlogenen Bericht über die Konferenz veröffentlichte konnte. Wir glauben nicht, daß die Vertreter der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion weiter mit Leuten verhandeln können, die in eine deutsch-nationale Redaktionsstube laufen, um vertrauliche Äußerungen in verdeckter Form wiederzugeben. Solche Elemente sind eine würdige Frucht der 'Arbeitsgemeinschaft', sie müssen ausgemerzt werden, bevor weiter verhandelt werden kann.

Im übrigen wird weiter gemeldet: 'In dem von den Parteiführern eingeleiteten Unterausschuß zur Beratung der vom Reichswirtschaftsminister vorgeschlagenen Änderungen der Devisenverordnung wurde in allen wesentlichen Punkten Übereinstimmung erzielt. Die Devisenverordnung bleibt also aufrechterhalten, die an ihr vorgenommenen Änderungen werden wahrscheinlich noch im Laufe des Freitags bekanntgegeben werden. Im Verlaufe der Besprechung erkannten die Vertreter der bürgerlichen Parteien an, daß weitere Maßnahmen notwendig sind, und erklärten sich bereit, zur Besprechung dieser Maßnahmen bald wieder zusammenzutreten.'

Auf sozialdemokratischer Seite ist aus den angegebenen Gründen und unter den gegebenen Umständen die Begeisterung für das Weiterverhandeln nicht übertrieben groß. Wahrscheinlich wird die Reichstagsfraktion schon in den nächsten Tagen nochmals zusammentreten, um über weitere Schritte zu beraten.

Ein offiziöser Bericht.

Offiziöls wird folgender Bericht verbreitet: Unter dem Vorsitz des Reichskanzlers begann gestern vormittag die Aussprache zwischen den Parteien der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft und der Vereinigten Sozialistischen Partei mit dem Ziele, eine Einigung über die Ausführungsbedingungen zur Devisenverordnung und über weitere wirtschaftspolitische Maßnahmen zu finden. Die Verhandlungen wurden von beiden Gruppen im Sinne einer Verständigung geführt. Nach der Aussprache wurden auf Vorschlag des Reichskanzlers zwei engere Ausschüsse gebildet, von denen der eine die Frage der Devisenverordnung, der zweite die weiteren wirtschaftspolitischen Anregungen, die teils von der sozialistischen Partei, teils von der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft ausgegangen sind, behandeln sollen. Der erste Ausschuß trat sofort unter dem Vorsitz des Reichskanzlers zusammen. Grundlage der Besprechungen bildeten die vom Reichswirtschaftsministerium entworfenen Ausführungsbestimmungen zur Devisenverordnung. Es wurde zwischen allen vertretenen Parteien eine Einigung erzielt, daß die Ausführungsbestimmungen in kürzester Zeit veröffentlicht werden können. Die Weiterführung der Aussprache unter den Parteien ist auf morgen in Aussicht genommen. Es ist zu erwarten, daß eine abschließende Klärung der politischen Probleme eintritt, mit denen sich die Reichsregierung angefaßt der Lage zu beschäftigen hat.

Der Reichskanzler empfing gestern vormittag zwei der hier eingetroffenen internationalen Währungsbeauftragten, den Schweizer Herrn Dubois und den russischen Volkswirtschaftler Herrn Boris Kalenta.

Die Beratungen der Staatssekretäre der für die Reparationsfrage zuständigen Ressorts der Reichsregierung zur Vorbereitung der Verhandlungen der Reparationskommission wurden gestern vormittag unter dem Vorsitz des Reichskanzlers fortgesetzt.

Währung und Wirtschaft.

Gegen bürgerliche Irreföhrung.

Der Kampf um die Währung dauert mit unverminderter Schärfe fort. Die Partei der Arbeiterschaft hat sich erlaubt, eindeutige und klare Vorschläge für ein Währungsprogramm der Reichsregierung zu unterbreiten. Diese berief zunächst eine Konferenz von Bankiers. Nun hätten die Bankiers, die seit drei Jahren ihr helles Vergnügen am Sturz der Mark haben — sie müssen jetzt Börsenfeiertage einlegen, um den ungeheuren Kundenandrang abzuhalten —, ja doch auf den Gedanken kommen können, ein starkes Eingreifen sei nötig. Was aber aus dieser Besprechung der D-Banken herauskam, ist bekannt. Positive Vorschläge, die über den Rahmen der Devisenverordnung hinausgehen und die deshalb dem Währungsprogramm der Sozialdemokratie hätten gegenübergestellt werden können, wurden nicht gemacht. Erfolg: eine aktive Währungspolitik ruht im Schoß der Zeiten; der Dollar darf steigen, die Börse aufatmen. Antisemitische und semitische Vertreter des Agrar-, Industrie- und Handelskapitals frohlocken.

Aber ein neues Schlagwort wird in die Massen geworfen: Arbeit mehr, los vom Achtstundentag! Dann, so behaupten die Bürgerlichen, würde sich die Währung schon erholen.

Es ist immerhin interessant, die Forderung nach Mehrarbeit erörtern zu hören, während gleichzeitig aus Westdeutschland Betriebsbeschränkungen gemeldet werden. Sollten die, die noch Arbeit haben, mehr arbeiten, um die übrigen aus der Wertstatt zu versorgen? — Aber auf solche kleinen Widersprüche kommt es den Freunden des Dollars nicht an. Es genügt, sie festzustellen, um sie zu kennzeichnen.

Zweck der Mehrarbeit sollte es sein, den Einfuhrüberschuß zu beseitigen, den Export zu heben. In Frankfurt hat soeben der Freihandelskongreß, auf dem auch mancher Vertreter war, der sonst nicht genug nach der Mehrarbeit der anderen rufen konnte, wiederholt festzustellen Gelegenheit gehabt, daß Deutschland ja gar nicht so exportieren könne wie es wolle. Die anderen erlauben es nicht. Und Herr Gotheiß, der je nach Bedarf mit Worten zu- und abfragte, was ihm gerade gut scheint, hat diesmal sogar die richtige Feststellung gemacht, daß selbst die schlechtere Mark keineswegs die Warenausfuhr begünstigt! Also die Hebung der Warenausfuhr stößt, so hörten wir aus dem Munde der Sachverständigen, auf Schwierigkeiten. Ob sie mit Worten und Parolen übermunden werden können, ist füglich zu bezweifeln.

Der Unsinn aber wird offenbar, wenn man bedenkt, daß die schlechte Valuta ja gerade der Grund, nicht die Folge unserer Handelsbilanz ist. Mit jedem Stoß, den die Mark erfährt, nimmt die Nachfrage des Inlandes nach Waren zu. Bankartig häufen sich oft die Ankäufe; alles stüchelt in die Ware, weil das Geld keinen Wert mehr hat. Die Warenproduktion hat seit den wirren Zeiten des Jahres 1919 zweifellos zugenommen. Der Anteil der Arbeitskraft am Ertrag der Arbeit, der Reallohn, aber ist gesunken. Zeigt nicht gerade die gegenwärtige kritische Lage der Konsumtionsindustrie, wie weit die Kaufkraft hinter den Preisen zurückbleibt, wie ihre fortgesetzte Schwächung die deutsche Wirtschaft mit einer Krise bedroht? Und sind an dieser Erscheinung wirklich nur die Reparationen schuld? — Wohl wurden die Bezahlungen an die Entente durch die Notensprelle auf den Rentenstand und die Arbeitskraft abgewälzt. Aber der Sachbesitz hat von dieser Verzerrung nichts zu spüren bekommen. Der Mehrertrag der Produktion, der seit ihrem Tiefstand vor drei Jahren erzielt wurde, ist ausschließlich denen zugute gekommen, die jetzt als Aktionäre, Spekulanten, Valutaschieber und Agrarier mit der Flucht in die fremde Währung oder in die Waren die deutsche Mark aufgegeben haben.

Diese Leute wollen heute nicht wissen, was sie oft selbst gesagt haben, daß die Währung der USA zur gänzlichen Desorganisation der Wirtschaft ist. Sie wissen es, wenn sie an die Entente appellieren. Sie stellen sich dumm, wenn es gilt, die innerpolitische Konsequenz daraus zu ziehen, daß Deutschland selbst eine aktive Währungspolitik treiben muß. Wenn die Arbeiterschaft heute Mehrarbeit leistet, so weiß sie, daß damit zunächst die Profitrate steigt, daß die aufgestammelte Akkumulationsrate ihren Weg in Ware und fremde Währung findet, daß damit die Mark weiter sinken, die Lebenshaltung der Arbeiter erneut sich mindern muß. Ein Drittes gibt es

nicht. Denn der Markt traut heute niemand mehr, trotz Devisennotverordnung und trotz Sachverständigenkonferenzen.

Durch die Entwertung der Mark wurde im Inland künstlich der Spartrieb erlötet und eine übertriebene Nachfrage nach Ware, zu der fremde Einfuhren an Rohstoffen notwendig sind, gezüchtet. Deutschland, das am Rande der Hungertatstrophe steht, verbraucht im letzten Jahre mehr als ein Viertel der Weltenergie an Kaffee, verarbeitete unglaubliche Mengen von Getreide (3,3 Millionen Zentner Malz in einem einzigen Vierteljahr) zu Bier, führte Mais zur Spiritusgewinnung ein, nährte Tausende von Vikaristen. Mehrarbeit unter heutigen Umständen könnte nur den Erfolg haben, daß der unnütze Konsum noch mehr steigt, daß sich die Unternehmer noch mehr Autos und Rittergüter oder Auslandsguthaben zulegen, ohne die geringste Gewähr dafür zu bieten, daß die Verbraucher mit niedrigeren Preisen und erhöhter Kaufkraft auch etwas von dem Mehrertrag der Arbeit erhalten!

Nie hat die Sozialdemokratie die Bedeutung der schlechten Handelsbilanz für die Währung unterschätzt. Darum ist auch ein wesentlicher Bestandteil ihres währungsrechtlichen Programms die seit langem verfolgte Forderung, daß unnütze Einfuhr unterbunden wird. Die bürgerlichen Vertreter aber haben die Durchführung dieser Forderung — erst neuerdings wieder beim Tabak — hintertrieben.

Aber an der Tatsache, daß die Währungsreform die Voraussetzung zur Befundung der Wirtschaft ist, läßt sich nicht rütteln. Das gibt neuerdings auch die „Germania“ zu, indem sie „grundsätzlich“ die Stützung der Mark befürwortet, die grundlegenden praktischen Maßnahmen dazu aber ablehnt. Daß die Agrarier jeder Selbsthilfe des Volkes in der Währungsfrage abhold sind, seitdem sie mit den Preisen für freies Getreide an dem hohen Stand des Dollars interessiert sind, brauchte die „Deutsche Tageszeitung“ nicht erst mit dem Pathos niederträchtigen Spottes zu versichern. Die notwendige Aufklärungstätigkeit hierfür haben die Landbändler längst — und mit vorzüglichem Erfolg — geleistet!

Aber darum erst recht muß der Markkurs gestützt werden. Eine Regierung, die verantwortungsbewußt genug ist, mühte aus dem Widerstand und aus den Ablenkungsversuchen der interessierten Kreise entnehmen, wann sie auf dem richtigen Wege ist.

Jedenfalls bleibt der Arbeiterschaft keine andere Macht, als über diese Widerstände hinwegzugehen oder aber diejenigen, die ihnen nachgeben, die Verantwortung für ihre unheilvolle Passivität selbst tragen zu lassen.

Die bayerische Krise.

Regierung und Bayerische Volkspartei.

München, 26. Oktober. (Eig. Drahtbericht.) Die Krise, die sowohl innerhalb der bayerischen Regierung wie innerhalb der Bayerischen Volkspartei besteht, spitzt sich immer weiter zu. In der Bayerischen Volkspartei spielen gegenwärtig heftige Auseinandersetzungen. Es hat den Anschein, daß der rechtsradikale Flügel im Begriff steht, die Führung der Partei vollständig an sich zu reißen. Bemerkenswert ist, daß der alte gemäßigtere Abgeordnete Speck aus der Parteiführung ausscheiden will. Er soll ersetzt werden durch den jungen, strebsamen, parlamentarischen Abgeordneten Schaffer. Der Fraktionsvorsitzende, Geheimrat Held, hatte heute eine lange Aussprache mit dem Grafen Verchenfeld. Graf Verchenfeld hat die Vertrauensfrage gestellt. Er hat den dringenden Wunsch geäußert, sein Verhältnis zur Bayerischen Volkspartei restlos zu klären. Wenn er die Überzeugung gewinnt, daß er nicht das volle Vertrauen der Bayerischen Volkspartei in ihrer Gesamtheit besitzt, will er die Konsequenzen ziehen. Am Freitag beginnt der Parteitag der Bayerischen Volkspartei. Bei dieser Gelegenheit wird voraussichtlich die Entscheidung fallen.

In Passau kam es unlängst einer Besichtigung der Reichswehrtafeln durch die Entente-Kommission zu großen Menschenansammlungen. Als die Entente-Kommission im Auto abfuhr, wurde der Kraftwagen mit Steinen und Holzstücken bombardiert. Die Fenster des Autos wurden zertrümmert.

„Bühnen“ und Volksbühne.

Von Dr. S. Restriepke, Generalsekretär der Volksbühne.

Unter dem Namen „Bühnen“ hat die Genossenschaft deutscher Bühnengewerbetreibender eine neue Vermittlungsstelle für die Versorgung von Gewerkschaften und Betriebsräten mit Theaterkarten zu ermäßigten Preisen eingerichtet, für deren Benutzung sie nun eine rege Propaganda entfaltet.

Es ist sicherlich erwünscht, daß die Genossenschaft unter Ausschaltung von Gewinnabsichten die Kartenvermittlung betreibt, als wenn private Agenturen mit den Gewerkschaften Geschäfte zu machen suchen. Aber die Propaganda, die von der Organisation der Bühnengewerbetreibenden für die Benutzung der neuen Einrichtung betrieben wird, hat doch auch ihr Bedenkliches. Sie kann die Arbeiter davon ablenken, alles Augenmerk auf das zu richten, was für sie auf diesem Gebiet die wichtigste Aufgabe sein muß: die Erhaltung und den Ausbau der Volksbühne.

Die Volksbühne führt heute einen härteren Kampf. Die ungeheure Verteuerung der Theaterbetriebskosten — die Wagen der Vorsteller wurden beispielsweise vom September zum Oktober glatt verdreifacht — zwingt sie zu erheblichen Beitragssteigerungen. Alles kommt gerade jetzt darauf an, daß ihr die alten Mitglieder die Kreise wehren, und daß für vielleicht abspringende Mitglieder neue gewonnen werden können. Diese Bemühungen könnten gefährdet werden, wenn irgendwelche Stellen sagen: Wir geben Euch billige Vorstellungen, ohne daß Ihr Euch, wie es die Volksbühne von ihren Mitgliedern verlangt, um einen geregelten Vorstellungsbesuch einzulassen braucht. In Wirklichkeit bedeuten ja alle „Ermäßigungen“, die andere Theater gewähren und ermöglichen können, in der Regel noch nicht, daß jemand diese Theater vorzuziehen zu besuchen vermag, als er es durch die Vermittlung des Vereines Volksbühne kann; man denke daran, daß diese Theater durchweg sehr hohe Gebühren für Kleiderabgabe und Zettel verlangen, die bei den Volksbühnenvorstellungen nicht in Betracht kommen. Aber wenn eine von gewerkschaftlicher Seite eingerichtete Kartenvertriebsstelle für „billige“ Vorstellungen Propaganda macht, kann das doch leicht irreführen und den Wert der Volksbühne in den Augen Unkundiger schmälern.

Unter diesen Umständen erscheint es zum mindesten nötig, noch einmal mit allem Nachdruck darauf hinzuweisen, weshalb für die in der modernen Arbeiter- und Angestelltenbewegung Stehenden die Erhaltung und Förderung der Volksbühne im Mittelpunkt ihrer Aufmerksamkeit stehen muß, weshalb die Existenz der Volksbühne so sehr viel mehr bedeutet als irgendeine andere Einrichtung zur Verbilligung des Theaterbesuchs.

Die Volksbühne — es handelt sich hier immer um den Verein, nicht um ein Theater — will mehr sein als ein Institut zum Vertrieb billiger Theaterkarten. Sie will durch ihre Wirksamkeit grundsätzlich aufzuräumen mit dem Geschäftstheater und an seine Stelle das im besten Sinne des Wortes sozialisierte Theater setzen. Alle Theater von heute, mit Ausnahme jener, die für eine organisierte Besucherschaft Vorstellungen geben, tragen den Charakter von Geschäftsunternehmungen, auch die Stadt- und Staatstheater, auch diejenigen, die längst keine Gewinne mehr erzielen. Sie tragen diesen Charakter deshalb, weil sie ihre Vor-

Fechenbach und „die Journalle“.

Die Berliner Rechtspresse, der bekanntlich angeichts des Münchener Justizmordes gar nicht wohl zumute ist, erfährt aus München her kräftige Ermunterungen. Die deutsch-völkische „Deutsche Zeitung“ bringt einen Artikel aus der Feder ihres ständigen Münchener Mitarbeiters unter der Ueberschrift „Die Journalle“. Diese Mischung aus Journalist und Kanaille ist eine Erfindung des Wiener jüdischen Journalisten Karl Kraus — selbst ihren Witz müssen die Antisemiten beim Juden borgen! — gemeint sind aber damit die Opfer des bayerischen Justizmordes. Beweis schon diese Beschimpfung von Leuten, die nach dem Urteil auch rechts stehender Blätter unschuldig verurteilt sind, daß man zurzeit zwischen Berlin und München selbst unter Deutschnationalen zwei verschiedene Sprachen spricht, so tritt dieser Gedanken- und Gefühlsunterschied in der folgenden Äußerung des Münchener noch deutlicher in Erscheinung:

Die Sozialdemokratie hat mit dem Verlaufe dieses Prozesses böse Tage erlebt, denn ihr Fechenbach, der ja zu den Größen der roten Intelligenz zählte, ist so gründlich erledigt worden als nur denkbar. Daher auch das kramphafte Bemühen der „Münchener Post“ und des „Vorwärts“, den Eindruck der Verhandlung möglichst abzuschwächen und zu verwischen, indem vor allem auch die Unparteilichkeit des Volksgerichts und seiner Richter in Zweifel gezogen wurde. Der Vorliegende sah sich wiederholt veranlaßt, scharf gegen diese Treibereien Stellung zu nehmen, er konnte dies um so mehr mit reinem Bewußtsein tun, als er tatsächlich mit geradezu vorbildlicher Objektivität die Verhandlung leitete. Daß durch diesen Prozeß eine wahre Eiterdeule von Prestorruption und Landesverraterei aufgestochen wurde, haben sich die Angeklagten selbst zuzuschreiben.

Außerhalb Münchens gibt es heute kaum noch einen Journalisten, der solche Sätze zu schreiben wagt. In München aber gibt es deren mehrere. So ist auch auf die „Kreuz-Zeitung“ ihr Münchener Korrespondent losgelassen worden, um zu beweisen, daß Fechenbach ein Landesverräter und die bayerische Justiz die Gerechtigkeits selber ist. Dringend bittet er für seine Schutzbefohlene um besseres Verständnis:

Daß auch zahlreiche bürgerliche Blätter an dem Urteil grundsätzliche Aussetzungen machen zu müssen glauben, zeigt, wie wenig sich diese sogenannten „Bürgerlichen“ darüber klar sind, worum es der Vereinigten Sozialdemokratie bei ihrem Aufstand gegen die bayerische Justiz eigentlich geht.

Der Münchener Korrespondent der „Kreuz-Zeitung“ gibt zu, daß in dem Verfahren „Schönheitsfehler vorgekommen sind und daß das Strafmaß dem Außenstehenden hoch erscheinen kann“ — jedoch es gehe „um das Prinzip“ der bayerischen Ordnungszelle.

Aber alle Bitten und Beschwörungen des Münchener Korrespondenten fallen bei der Redaktion der „Kreuz-Zeitung“ auf steinigem Boden. Gänzlich ungerührt bemerkt sie:

Ueber die Bewertung des Urteils im Hochverratsprozeß Fechenbach hatten wir selbst noch zurüd. Da die Verhandlungen meist hinter verschlossenen Türen geführt werden mußten, läßt sich kein einwandfreies Bild über Verlauf und Ausgang des Prozesses gewinnen.

Daraus ist zu ersehen, daß man sich sogar in der Redaktion der „Kreuz-Zeitung“ über die Münchener „Journalle“ seine eigenen Gedanken macht.

Fechenbach und die Presse.

Die Berliner Pressekonferenz, der Vertreter sämtlicher Berliner Blätter und größeren Provinzredaktionen ohne Unterschied der Partei angehören, hat am Donnerstag mit 36 gegen 10 Stimmen folgende Entschließung angenommen:

Ohne materiell zu dem Fechenbach-Prozeß Stellung zu nehmen, sieht sich die Pressekonferenz durch die Urteilsbegründung in diesem Prozeß bei der Erfüllung ihrer Aufgaben und in der journalistischen Ersten ihrer Mitsprache auf schwerste bedroht. Ein Gerichtsverfahren, bei dem die Ablehnung von Sachverständigen für Pressefragen mit der Begründung erfolgen kann, daß das Gericht selbst sachverständig genug sei, bietet nicht die Rechtssicherheit, unter der allein journalistische Tätigkeit möglich

ist. Das Bedenklichste in der Urteilsbegründung oder in der Sachdarstellung über geheime Waffenlager und bewaffnete Organisationen immer dann als Landesverrat anzusehen seien, wenn ausdrücklich gesagt oder auch nur durch Stillschweigen der Anklage erweist wird, daß eine Regierung diese Dinge begünstige. Würde diese Rechtsauffassung allgemein gültig, so ließe jeder Journalist Gefahr, wegen der Berichterstattung über reichsgesetzlich verbundene Institutionen und wegen der Kritik an Regierungsmassnahmen als Landesverräter verurteilt zu werden.

Da eine Berufungsinstanz vor dem Volksgericht nicht gegeben ist erwartet die Pressekonferenz vom Reichsjustizminister eine schleunige Klärung der Rechtslage und Maßnahmen zur Sicherung der von neuem bedrohten Pressefreiheit.

Den Unterschied zwischen der Presse und der Journalle kann man an der Art erkennen, wie die beiden zum Fechenbach-Prozeß Stellung nehmen.

Anklage gegen Traub.

Das auf Grund des Befehles zum Schutze der Republik gegen den bekannten deutschnationalen Pfarrer Traub eingeleitete Verfahren wegen Beleidigung des Reichspräsidenten und der Reichsminister ist in der Voruntersuchung zum Abschluß gelangt. Der Oberstaatsanwalt beantragt Eröffnung des Hauptverfahrens vor dem süddeutschen Senat.

Ein Helfer der Rathenau-Mörder.

Der Staatsgerichtshof hat jüngst, wie gemeldet, gegen zwei Personen wegen Begünstigung der Rathenau-Mörder Fischer und Kern verhandelt. Aus Lenzen a. d. Elbe wird uns dazu gemeldet, daß es dort allgemeine Verwunderung erregt, warum nur diese beiden Personen unter Anklage gestellt worden sind. Kern und Fischer sind bekanntlich auf ihrer Flucht durch Lenzen gekommen und wären dort auf ein Haar verhaftet worden. Daß sie aus Lenzen entkommen konnten, verdankten sie nach allgemeiner Ansicht der Bevölkerung der Beihilfe des pensionierten Postsekretärs Busch in Lenzen. Busch hat Fischer und Kern in seiner Wohnung bewirtet, er hat weiter versucht, bei dem Hauptmann a. D. Schulz Geld für die Flüchtlinge zu leihen, er war ihnen bei der Beschaffung neuer Kleidungsstücke behilflich und gab schließlich den beiden Mördern, als ihnen die Polizei bereits auf den Fersen war, den Wink, zu verschwinden.

Während nämlich Fischer und Kern noch im Hotel „Zur Sonne“ saßen, war Busch in seiner Wohnung verhaftet worden. Auf dem Transport nach dem Polizeigefängnis kam er an dem Hotel „Zur Sonne“ in dem Moment vorbei, als die Mörder Fischer und Kern dort zu Mittag aßen. Kaum war Busch vorbeigefahren, als Fischer und Kern sofort das Hotel unauffällig verlassen, was ihnen gelang, weil außer ihnen nicht einmal der Wirt im Zimmer war. Sie entkamen dann über die Elbe.

Der Polizist Beitz, der hinter Busch ging, erinnert sich nun, daß Busch im Vorbeigehen Fischer und Kern durch eine entsprechende Kopfbewegung einen Wink gegeben habe. Beitz ist diese Bewegung aufgefallen, er konnte sie sich aber nicht sofort erklären, weil ihm der Aufenthalt der beiden Mörder im Hotel „Zur Sonne“ damals noch unbekannt war. Es steht dagegen fest, daß Busch den Aufenthalt der beiden Mörder im Hotel „Zur Sonne“ kannte.

Alle diese Tatsachen sind sofort durch den Bürgermeister Scheel festgestellt worden. Busch wurde daraufhin als Gefangener nach Berlin transportiert. Ferner wurde der Bürgermeister zur Berichterstattung nach dem Berliner Polizeipräsidium berufen; er gab dort die mitgeteilten Tatsachen zu Protokoll.

Zur allgemeinen Verwunderung wurde Busch aber schon nach einigen Tagen nach Lenzen aus der Haft entlassen. Von einem Verfahren gegen ihn hat man nichts mehr gehört. Sollte wirklich der Mann, der die beiden Haupttäter beherbergt hat, außer Verfolgung gesetzt worden sein? Eine Aufklärung dieser Angelegenheit ist dringend notwendig.

Wegen Beleidigung des Staatsgerichtshofs zum Schutze der Republik hat Oberpräsident Höring den „Eisfelder Anzeiger“ („Vorbisier Tagesblatt“, „Vorbisier Zeitung und Kreisblatt“) auf die Dauer von drei Wochen, und zwar vom 25. Oktober bis 1. November, verboten.

stellungen als Waren für den freien Markt produzieren und mit dem ganzen Risiko eines Geschäftsbetriebes rechnen müssen. Der Geschäftscharakter des Theaters bewirkt die Abstufung der Plätze, die den Besitzenden ein Privileg auf die guten Plätze gibt; er bedeutet eine Verteuerung des Besuchs, weil die produzierten Waren, nämlich die Vorstellungen, in der Regel nicht restlos abgesetzt werden: d. h. es bleiben erfahrungsgemäß in jeder Vorstellung so und so viele Plätze unverkauft, und die Unkosten können nicht auf soziale Besucher umgelegt werden, wie das Theater bisher seit, sondern vielmehr nur auf zwei Drittel dieser Zahl. Um das Risiko halbleerer Häuser zu vermindern, wird der Leiter eines Geschäftstheaters schließlich stets versucht, wenn nicht gezwungen sein, bei der Gestaltung seines Spielplans dem „Geschmack“ jener Leute Rechnung zu tragen, die für Kunst wenig oder gar kein Interesse haben, oder um so mehr für billige Sensationen, entblühte Brüste und „labelfaste“ Toiletten; denn leider Gottes ist es so, daß diese Leute heute noch die Mehrzahl ausmachen; und insbesondere die „zahlungsfähigsten“ Kreise, die edlen Kriegs- und Revolutionsgewinner, zeigen diesen Geschmack.

Die Organisation der kunstliebenden Kreise der Bevölkerung zu einer Volksbühnengemeinde ist der einzige Weg, den Geschäftscharakter des Theaters zu überwinden. Hier wird an den Anfang gestellt der organisierte Bedarf. Die Theater, die für eine Volksbühnenorganisation spielen, produzieren ihre Vorstellungen nicht mehr für den freien Markt, sie brauchen mit keinem Risiko halbleerer Häuser mehr zu rechnen, sie haben es nicht nötig, durch „Kassenreißer“, die auf die niedrigsten Instinkte spekulieren, Publikum anzulocken. Das Publikum ist da, ehe Theater gespielt wird; es erscheint als Auftraggeber des Theaters; und da es sich um eine Kunstgemeinde handelt, als Auftraggeber für die Pflege eines künstlerischen Spielplans. Die Organisation mit ihrer Verpflichtung der Mitglieder zum Besuch des Theaters an bestimmten Tagen ermöglicht es zugleich, in jeder Volksbühnenvorstellung das Haus bis auf den letzten Platz zu besetzen und so die Vorstellungsunkosten auf die denkbar größte Zahl von Theaterbesuchern zu verteilen, d. h. den Theaterbesuch aufs äußerste zu verbilligen. Endlich braucht die Volksbühne nicht die Plätze nach ihrem Werte festzusetzen; sie ist in der Lage, einen Einheitsbeitrag von ihren Mitgliedern einzuziehen und die Plätze dann unter ihnen wecheln zu lassen, so daß die guten Plätze aufhören, eine Vorrecht der Bemittelten zu sein.

Nicht zu übersehen ist auch, daß die Volksbühne ihren Mitgliedern, die ja Träger aller Veranstaltungen sind, auch ein Mitbestimmungsrecht über alle Vorleistungen einräumt und dadurch eine neue, enge Verbindung zwischen ihnen und dem Theater anbahnt; daß sie das Haus mit einem Publikum füllt, das von einem einheitlichen Kulturwillen beseelt ist, und daß sie damit die Vorbedingungen für eine viel einflussreichere Stimmung im Theater, eine viel größere Andacht schafft.

Rur durch die Organisation der Theaterbesucher kann das Theater seines Geschäftscharakters entkleidet und auf eine gesicherte materielle Grundlage gestellt werden (allerdings unter Verzicht auf alle Luxusartikel); nur so ist es künstlerisch zu leben und zum Ausdruck eines neuen Gemeinschaftsgefühls zu machen; nur dadurch wird den Massen des Volkes Einfluß auf das Theater gegeben und

zwischen ihnen und der Kunst jene enge Verbindung hergestellt, ohne die beide Teile nicht gedeihen können.

Es kommt nicht nur auf eine Verbilligung des Theaterbesuchs an; eine Erneuerung des Theaters ist not. Die Volksbühne zeigt den Weg dazu.

Deshalb sollten Gewerkschaften, Betriebsräte, Bildungsausschüsse usw. vorsichtig sein, wenn sie ihre Kraft für die Beförderung billiger Vorstellungen einsehen. Das Wichtigste ist, die Volksbühnenorganisation zu stärken und zu fördern.

Es ist richtig, daß nicht immer in die Volksbühne alle aufgenommen werden können, die sich melden, weil es zeitweilig an der Möglichkeit fehlt, noch mehr Mitglieder unterzubringen. Aber zeigt eine große Masse von Voranmeldungen, daß das Interesse für den Verein in weite neue Kreise gedrungen ist, so gibt es dem Verein die Möglichkeit, neue Vorstellungen zu planen, eventuell auch neue eigene Theater in Betrieb zu nehmen. In dieser Hinsicht ist die Ausdehnung des Vereines in keiner Weise beschränkt. Deshalb ist es verkehrt, das Interesse von der Volksbühne damit abzulenken, daß man sagt: sie kann keine Mitglieder mehr annehmen. In beschränktem Umfang erfolgt die Aufnahme neuer Mitglieder stets, und ist die Zahl der Anmeldungen so groß, daß viele zunächst zurückstehen müssen, so können die Abgewiesenen mit Wahrscheinlichkeit wenigstens zum Beginn der neuen Spielzeit Aufnahme finden.

Die Berliner Arbeiterschaft kann stolz darauf sein, daß sie aus eigener Kraft heraus die Volksbühne schuf. Aber es gilt nun auch, das Werk weiterzutragen und fortzuführen. Das ist die wichtigste Aufgabe auf kulturellem Gebiet!

Ein vom Pech Verfolgter. Das „Amisblatt“ für den Stadtkreis Frankfurt a. M.“ veröffentlichte am 20. Oktober eine „Amliche Liste der gemäß § 55, Ziffer 12 der Ormungsordnung vom Feilbieten und Ausschließen von Bestellungen im Umherziehen und vom Verkauf an Jugendliche unter 16 Jahren ausgeschlossenen Schundliteratur.“ Neben der „Dirnenkönigin von Zähl“, dem „Liebesleben einer Kellnerin“, „Hannibal Wundt, der Schrecken der Verbrecherwelt“ usw. enthält diese Liste unter Nr. 40 verzeichnet: „Deutsche Talen“, begründet von Prof. Dr. Karl Brunner.

Dieser Karl Brunner, der hier als Gründer polizeiwidriger Schundliteratur auf einer amtsdienlichen Liste erscheint, ist kein anderer als der Sachverständige für Schundliteratur am Berliner Polizeipräsidium, der durch den „Reigen“-Prozeß zu europäischer Berühmtheit gelangte Eitichkeits-Brunner. Wir sprechen unsern alten, antwortend vom Pech verfolgten Geschäftsfreund unter herzlichstem Beileid aus und geben zugleich der festen Ueberzeugung Ausdruck, daß ihm auch aus diesem Schicksalsschlage keinerlei amtliche Unannehmlichkeiten erwachsen werden. Der Mann ist unerfährlich. Wenn wir ihn nicht beschämen, müßte er erfunden werden, von einem blutigen Satiriker.

Emil Criik bricht am 2. November, abends 8 Uhr, für den Freundeskreis der Bibliothek des Kunstgewerbemuseums im Hofrad, Gring-Allee, Straße 7a, über: „Reise eines Malers in Japan“, mit Bildern und einer Ausstellung japanischer Kunstwerke. Sollte nach vorheriger Anmeldung in der Bibliothek des Kunstgewerbemuseums willkommen.

Verzögerte Ernährungspolitik.

Wie bekannt, hat Preußen beim Reichsrat beantragt, die Erhöhung des Preises für Umlagegetreide in Form von Chilealpeter auszusagen. Dem Preussischen Landtag ist daraufhin ein Zentrumsantrag zugegangen, der das Staatsministerium ersucht, statt dieser Kombination zwischen Chilealpeter und Umlage auf eine wirksame Steigerung der Getreideerzeugung auf dem Wege der Mehrerzeugung an Inlandstidstoff hinzuwirken.

Die Verhandlungen über die Kombination Chilealpeter-Umlage haben, wie der Soz. Part.-Dienst mitteilt, bis jetzt nicht zu einem Resultat geführt. Bei den Besprechungen über die praktische Durchführung des preussischen Vorschlags haben sich Schwierigkeiten ergeben, die zum Teil auf das Konto der Interessenten und des Reichsernährungsministeriums fallen. Im Reichsernährungsministerium scheint es üblich zu sein, wie im Reichsfinanzministerium, wo man vor lauter Erwägungen nicht zu Taten kommt, ja, mit Erwägungen notwendige Maßnahmen ersickt. Wann soll das anders werden?

Deutschnationaler Parteitag.

Wörlitz, 26. Oktober. (WdZ.) Der vierte Reichsparteitag der Deutschnationalen Volkspartei nahm heute in Wörlitz unter sehr starkem Andrang von Delegierten aus allen Teilen des Reiches seinen Anfang. Die deutschnationalen Reichstagsfraktionen war fast vollständig erschienen. Den Auftakt der Verhandlung, die bis zum Sonnabend dauern wird, bildete eine geschlossene Vertreterversammlung, die heute in ausgedehnten Verhandlungen den eigentlichen Parteitag vorbereitete, und sich mit organisatorischen Fragen beschäftigte. Dem Parteitag lag der Geschäftsbericht der Hauptgeschäftsstelle der Deutschnationalen Volkspartei vor. Dieser stellt ein weiteres starkes Anwachsen der Deutschnationalen Volkspartei fest. Zahlreiche Ausschüsse waren im vergangenen Jahre tätig, so ein Reichsausschuss, ein Reichsangelegenheitsausschuss, ein Reichsarbeiterausschuss, ein Reichsjugendausschuss, ein Reichsnationaler Lehrerbund, die Organisation der deutschnationalen Beamenschaft und der deutschnationalen Studentenschaft. Schon am Mittwoch hatten die Ausschüsse mit Tagungen begonnen; so fand eine deutschnationalen Arbeitertagung unter dem Vorsitz des Reichstagsabgeordneten Hartwig statt, die ein starkes Bekenntnis für den deutschnationalen Gedankengang ablegte. Ferner tagte schon am Mittwoch der Reichsnationale Lehrerbund unter dem Vorsitz des Landtagsabgeordneten Klug. Er sandte an den Generalfeldmarschall von Hindenburg nach Hannover folgende Entschliessung, die einstimmig angenommen worden war: „Der Deutschnationale Lehrerbund, zu seinem dritten Bundestag in Wörlitz versammelt, sendet seinem Schirmherrn ehrerbietigste Grüße und gelobt, die deutsche Jugend in Gottesfurcht, zur Heldenverehrung und zur Treue zu Volk und Vaterland zu erziehen.“ (W. H. W. ist wohl dabei unter den Hochzeitlichen gefallen? Red.) Am Donnerstagabend tagte der berufständliche Reichsausschuss und nahm einen Vortrag des Reichstagsabgeordneten Lembach entgegen.

Hölz nicht im Hungerstreik. Vor einiger Zeit behauptete die kommunistische Presse, daß Max Hölz am 1. Oktober d. J. in den Hungerstreik getreten sei, weil ihm Briefe und andere Zusendungen vorenthalten würden und weil man ihm selbst die Öffnung des Fensters verweigere. Diese Mitteilung entspricht, wie die B.P.R. von zuverlässiger Stelle erfahren, nicht den Tatsachen. Hölz ist weder am 1. Oktober noch in der folgenden Zeit in den Hungerstreik getreten; er nimmt vielmehr seitlos die Anstaltskost, über die er keine Klagen geäußert hat und genießt außerdem ihm ständig zugefandene Beköstigung mit dem Erfolge, daß nach Mitteilung des leitenden Arztes des Strafgefängnisses sein Aussehen das eines durchaus gesunden Menschen ist. Zeitungen und Druckschriften erhält er in weitgehendem Maße. Die Zellenfenster sind vor- und nachmittags je zwei Stunden geöffnet.

Die Orientationskonferenz dürfte in Lausanne togen. In Griechenland werden Sündenböcke gesucht. Zwei Exminister kommen unter der Anklage, zum nationalen Unglück beigetragen zu haben, vor ein außerordentliches Militärgericht.

Der Koloradokäfer ist jetzt in Frankreich festgestellt worden, und damit ist unseren Kartoffelfreunden eine fürchterliche Gefahr nahegerückt. Im Osten von Nordamerika müssen die Felder jährlich ein paarmal mit einer arsenhaltigen Flüssigkeit bespritzt werden, um die Ernte vor völliger Vernichtung zu schützen. Die französische Regierung hat ausgedehnte Maßnahmen ergriffen, um die Plage sofort zu unterdrücken und dafür schon große Summen ausgegeben. Nach den Mitteilungen der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft ist aber zu befürchten, daß die Käfer, die in Frankreich bereits über eine große Fläche verbreitet sind, auch nach Deutschland kommen, und deshalb ist große Vorsicht geboten. Im Juli 1914 konnte bereits ein Einfall des Käfers bei Hamburg durch rasches Eingreifen abgelenkt werden. Jeder Kartoffelbauer, der 1 Zentimeter große Käfer mit gelbgefärbten Flügeldecken oder orangegefärbte Varven findet, sollte dies sofort der nächsten Hauptstelle für Pflanzenschutz oder dem Deutschen Pflanzenschutzdienst in Berlin-Dahlem melden.

Das bedrohte Goethe-Haus. Aus Frankfurt a. M. wird uns geschrieben: Frankfurt hat sich auf die Herbstzeit eingestellt, und während eine raffiniert elegante Vergnügungsszene die andere ihre Pforten öffnet und die Menschheit um verschiedene Papierseine erleichtert, kämpft Frankfurts grösster Schatz, das Goethe-Haus, noch immer den stillen Bergweinstampel. Denn selbst das erfreuliche Ergebnis der Goethe-Weche, die reichen Spenden, die aus dem Ausland eintrafen, die Stiftung der amerikanischen Schlaraffen, 100 Dollar, die von den deutschen Frauen aus der Höhehofenstraße überwiesenen 30 000 M. vermögen nicht die schweren Sorgen zu bannen. Die Einnahmen, trotzdem die Ausländer den sechsfachen Eintrittspreis zu entrichten haben, und die Besucherzahl sich in der Hauptzeit auf täglich 400 Personen belief, reichen nicht einmal zur Deckung der Gehälter, obwohl die Beamten nur drei Viertel der städtischen Beamtengehälter beziehen. Das Freie Deutsche Hochstift, dem die Verwaltung obliegt, hat schwere Sorgen, und wenn nicht bald ausreichende Hilfe zuteil wird, wird das Schicksal des allen schönen Hauses am Großen Hirschgarten wohl besiegelt sein.

Schließung der sowjetischen Verlagsanstalten im Ausland. Ein Dekret der Sowjetregierung ordnet an, daß sämtliche im Ausland bestehenden Verlagsanstalten der russischen Staatsorgane binnen zwei Monaten zu schließen sind und keine weiteren mehr eröffnet werden dürfen. Sowjetische Staatsorgane haben ihre Druckanstalten an staatliche, genossenschaftliche oder private Druckereien in Russland selbst zu vergeben; nur besonders komplizierte Arbeiten können mit jedwemmaliger besonderer Genehmigung der Regierung im Ausland ausgeführt werden. Die Maßnahme wird mit der Krise des russischen Buchdruckgewerbes begründet; sie dürfte in erster Linie die verschiedenen in Berlin bestehenden sowjetischen Verlagsanstalten treffen.

Museumsführungen. Sonntag, den 29. 9/1, Uhr vorm. finden öffentliche Führungen durch Direktionsbeamte im Neuen Museum (Die Denkmäler der Pyramidenzeit) und im Museum für Vögelkunde (Südamerikanische Naturbilder) sowie um 11 Uhr im Kaiser-Friedrich-Museum (Vorderbau) statt. Eintrittskarten zu 1 M. und Programme zu 2 M. sind vor Beginn der Führungen am Eingang der genannten Museen erhältlich.

Bonar Laws' Wahlmanifest.

London, 26. Oktober. (WZ.) Premierminister Bonar Law hat ein Wahlmanifest veröffentlicht. Er erklärt, die Krise, die so plötzlich entstanden sei, habe es unbedingt notwendig gemacht, daß ein sofortiger Appell an das Volk gerichtet werde, und daher sei es unmöglich gewesen, eine Prüfung der zahlreichen Fragen, die behandelt werden müßten, mit seinen Kollegen vorzunehmen. Die Darlegung der Politik, die er jetzt unterbreite, könne daher nicht so endgültig und fest umschrieben sein, wie das unter anderen Umständen möglich gewesen wäre.

Die Nation bedürft über alles andere der Ruhe und Stetigkeit

im Innern und nach außen, so könnte man weit besser als durch irgendeine Aktion der Regierung hoffen, sich von den wirtschaftlichen und sozialen Folgen des Krieges zu erholen. Auch bei jeder zukünftigen internationalen Konferenz, auch da, wo es notwendig ist, daß er als Ministerpräsident daran teilnehme, sollen der Konferenzapparat und die mit der Konferenz zusammenhängenden Vorarbeiten nicht von dem Kabinettssekretariat, sondern vom auswärtigen Amt bewerkstelligt werden. Im gegenwärtigen Augenblick sei das höchste auswärtige Interesse nicht allein Großbritanniens und des Britischen Reiches, sondern der Welt die Wiederherstellung des Friedens. Das Manifest fährt fort:

In allen auswärtigen Beziehungen beabsichtigen wir, einen geraden Weg zu verfolgen, die übernommenen Verpflichtungen zu erfüllen, zugleich fest entschlossen,

unser Verpflichtungen nicht auszudehnen und, falls sich eine angemessene Gelegenheit bietet, sie einzuschränken. Nur durch das gleiche offene und uneingeschränkte Zusammenwirken, wie es uns den Krieg gewonnen hat, geführt in demselben Geiste, mit Frankreich und unseren anderen großen Alliierten, können wir hoffen, die schwierigen Probleme zu lösen, denen wir jetzt gegenüberstehen. Es ist meine zureichende Hoffnung, daß unter der vielerprobten Führung des Außenministers die Verhandlungen über die Regelung der Orientkrise zu einem wahren und dauerhaften Frieden führen werden, der beiträgt, sowohl zur politischen Ruhe im nahen und mittleren Osten, mit denen so viele unserer Reichsinteressen verknüpft sind, als auch zur persönlichen Sicherheit und Wohlfahrt der Bewohner aller Rassen und Konfessionen in den Gegenden, die der Schauplatz so vieler Unruhen und Leiden gewesen sind. Während des Krieges sei das oberste Gefühl der Männer und Frauen in der ganzen Welt gewesen, daß

eine solche Katastrophe niemals wieder die Menschheit heimsuchen dürfe. Daher sei der Völkerbund geschaffen worden, und es werde das erste Ziel der Regierung sein, dem Völkerbunde volle Unterstützung zu gewähren. Die Aufrechterhaltung der Freundschaft und des guten Einverständnisses mit den Vereinigten Staaten, begründet nicht auf irgendeiner formellen Allianz, sondern auf die gemeinsam ererbten Ideale, müsse stets ein Hauptziel der britischen Politik sein.

Das Manifest betont den Willen der Regierung, über alle die Sicherheit des Reiches und die auswärtige Politik berührenden Fragen mit den Regierungen der Dominions und Indiens zu verhandeln. Die erste Aufgabe der Regierung, wenn sie wieder bei den Wahlen siegen sollte, werde die Ratifizierung des irischen Vertrags sein. Sie wünsche eine ruhige und geordnete Entwicklung in Indien unter der durch das Gesetz von 1919 diesem Lande gemachten Verfassung zu fördern.

Im Innern sei augenblicklich die Hauptfrage der Regierung die Lage des Handels und des Erwerbs. Das Problem der Arbeitslosigkeit in diesem Winter werde Maßnahmen erfordern, die wirkliche Erholung werde jedoch nur durch das Wiederauflieben des Handels und der Industrie zustande gebracht werden. Jeder Kandidat in jedem Wahlkreis, ebenso wie er selbst, müsse Sparjamkeit zum wesentlichen Punkte seines Programms machen.

Die Märkte, die Großbritannien, wenigstens für den Augenblick, infolge des Krieges in Europa verloren habe, könnten am besten ersetzt werden durch die Weiterentwicklung des Handels mit Ueberseeländern und insbesondere des Handels innerhalb des Britischen Reiches. Die Regierung beabsichtige daher, unverzüglich die Regierung der selbstverwalteten Dominions zu Rate zu ziehen, und wenn diese zustimmen, sobald wie möglich eine Wirtschaftskonferenz einzuberufen, um herauszufinden, auf welche Weise durch gegenseitiges Zusammen-

Internationale Arbeitskonferenz.

Genf, 26. Oktober. (WZ.) Die Konferenz schloß heute die Debatte über den Bericht des Arbeitsamtes ab. Die wichtigsten Reden hielten Arbeitgeber Gallier, Belgier und Arbeiter Jouhaug, Frankreich. Gallier sagte, daß die Arbeitgeber, die an dem Washingtoner Abkommen mitgewirkt hätten, durchaus bereit seien, im Sinne der Arbeitsverfassung des Friedensvertrages zu handeln. Man dürfe aber nicht vergessen, welche schwere Verantwortung auf ihnen angelehnt die Wirtschaftskrise lasse; sie müßten daher die Notwendigkeit ins Auge fassen, daß heute alle, auch die Arbeitnehmer, die Pflicht haben, für die Wiederherstellung der schwer daniederliegenden Wirtschaft Opfer zu bringen. Jouhaug trat für strikte Durchführung des Achtstundentages ein. Als in Washington zugegeben wurde, daß die Arbeitszeit nicht immer strikte innegehalten werden könne, habe noch großer Warenaunger in der Welt geherrscht. Heute dagegen herrsche allgemeiner Arbeitsmangel. Die Krise rechtfertige ausdrücklich die sofortige Anwendung des Washingtoner Abkommens. Soll dies aber wirksam sein, so müßte es von allen durchgeführt werden, denn es sei eine falsche Politik, zu warten, bis der Nachbar etwas unternehme. Auf diese Weise wäre nie ein Fortschritt zustandekomme. Für das Arbeitsamt gebe es nur zwei Wege: entweder erweise es sich als fähig, die auf der Konferenz gefassten Beschlüsse durchzuführen zu lassen, oder es müsse den Bankrott erklären. Die Arbeitermassen würden dann wieder ihre Handlungsfreiheit erhalten und in den offenen Kampf zurückkehren.

Thomas eignete auch auf die von Ministerialrat Dr. Benmann-Deutschland geäußerten Wünsche nach stürkerer Vertretung Deutschlands im Arbeitsamt, daß er sich bemühen werde, die soziale Entwicklung der verschiedenen Länder in Einklang zu bringen mit der Zusammensetzung des Arbeitsamtes, daß die Einstellung aber nach sozialen und nicht nach nationalen Gesichtspunkten erfolgen müsse. Inwiefern würde nach Rücksprache der Fähigkeit der einwirkenden Beamten die gerechte Vertretung aller Nationen berücksichtigt. Was die Erklärung Wissells betrifft, der sein Bedauern darüber ausgesprochen hatte, daß die Berichte nicht auch in deutscher Sprache vorliegen, verwies Thomas darauf, daß die Sprachenfrage in diesen Tagen wieder zur Debatte stände. Weiter wies Thomas die pessimistische Auffassung wegen des Herabnehmens einer Anzahl von Staaten, namentlich Argentiniens zurück und äußerte die Hoffnung, daß der neue argentinische Präsident hier manches ändern könne und daß auch Amerika sich enger an der Arbeitsorganisation beteiligen würde, wobei er betonte, daß Amerikas Fernbleiben den Willen zur Arbeit lähmen würde. Die wesentlichen Ausführungen Thomas galten der

Ratifizierung der Abkommen, vor allem desjenigen über den Achtstundentag. Besondere Bedeutung maß Thomas der Erklärung der Arbeitgebergruppe zu. Den Notwendigkeiten, die danach aus der gegenwärtigen Wirtschaftskrise erwachsen, will sich Thomas beugen, aber nur unter der Be-

wirken am besten der große Handel entwickelt werden könne, den die Hilfsquellen des Reiches gestatten.

Das Manifest schließt: Das erste Bedürfnis der Nation sei, mit ihren eigenen Arbeiten vorwärtszukommen mit einem Minimum von Einmischung zu Hause und von auswärtigen Störungen.

Englands Wahltag: 15. November.

Die Unterzeichnung der Parlamentsauflösung durch den König ist erfolgt. Die Neuwahlen finden am 15. November statt, und am 20. November wird das neugewählte Parlament zu seiner ersten Sitzung zusammentreten.

Frankreichs Defizit.

Paris, 26. Oktober. (WZ.) Finanzminister de Lasteyrie ergriff (nach einer Rede des sozialistischen Abgeordneten Vincent Auriant, Red.) in der heutigen Kammerdebatte das Wort zu folgenden Ausführungen: Zwar hätten alle Redner das von ihm vorgelegte Budget scharf kritisiert, aber keiner habe ein wirksames Heilmittel angegeben gewünscht. Die Budgets der ganzen Welt wiesen ein Defizit auf. Die bisherigen Ursachen der französischen Finanzschwierigkeiten beständen darin, daß Deutschland keine Zahlungen leistete. Es hätte alle von ihm angerichteten Schäden reparieren sollen, tat es aber nicht. Deshalb mußte Frankreich ihm seit Anfang 1919 Rorschüsse gewähren, weil es die unglücklichen Bewohner der zerstörten Gebiete nicht im Stich lassen wollte. Leider sei ein finanzielles Einvernehmen mit den Alliierten nicht zustandekomme, und das habe einen Sturz des Franken und Leuerung in Frankreich im Gefolge. Der Finanzminister weist noch, daß in den letzten vier Jahren im Budget nahezu 4 Milliarden Ersparnisse, besonders im Heerwesen, gemacht worden seien. De Lasteyrie verkündete, daß er keine neuen Steuern einführen wolle, jedoch dafür Sorge tragen werde, daß die bestehenden besser eingetrieben würden.

Englands Warnungen.

London, 26. Oktober. (WZ.) Der Pariser Berichterstatter der „Times“ erklärt, er erhalte von neuem von „befugter Seite“ die Warnung, daß Ende des Jahres der Zusammenbruch Deutschlands vollständig sein werde, wenn jetzt nicht ein Wunder geschehe. Deutschland würde dann in finanzieller Hinsicht auf dieselbe Stufe wie Oesterreich sinken. Eine wesentliche Vorbedingung der Wiederherstellung auch nur des geringsten Kredits sei ein Roratorium. Obgleich Frankreich über den dauernden Sturz der Mark beunruhigt sei, sträube es sich immer noch dagegen, für zwei Jahre oder mehr auf die von ihm so sehr benötigten Zahlungen zu verzichten. Wenn Frankreich an seinem Entschluß festhalte, so werde es wahrscheinlich zu spät sein. Man sehe in Frankreich nicht viel Vertrauen in den Berliner Vertrag der Reparationskommission. Die Hoffnung dürfe jedoch nicht aufgegeben werden. Man könne nur wiederholen, daß jede weitere Verzögerung sicher zum endgültigen Zusammenbruch Deutschlands führen würde, und daß kein Tag verloren werden dürfe, ein französisch-englisches Uebereinkommen zu erzielen, wenn noch irgend etwas gerettet werden sollte.

Paris, 26. Oktober. (WZ.) Die Reparationskommission hat heute vormittag die Ausführungen des belgischen Delegierten Delacroix angehört, der einen Vermittlungsvorschlag unterbreitet hat. Außerdem beschäftigte sich die Kommission mit ihrer Reise nach Berlin, die Sonntag nachmittag erfolgt. Sie wird von einem zahlreichen Hilfspersonal begleitet sein und sich in Berlin auch mit Vertretern der deutschen Industrie in Verbindung setzen.

Eine Wiedergutmachung.

Auf eine kleine Anfrage im Landtag darüber, daß die französische Befehung von Engers bei Neuwied etwa 130 Morgen besten Ackerlandes zur Anlegung eines Exerzierplatzes zu beschlagnahmen beabsichtige, hat der Minister des Innern geantwortet, daß diese Beschlagnahme durch Vermittlung der amerikanischen Befehungsbehörden unterblieben ist.

dingung, daß die Bereitwilligkeit nicht den Gedanken, der Seele des Abkommens Abbruch tut und daß in allen Ländern das Bestreben vorherrschend bleibt, das Versprechen der Arbeitsverfassung zu halten. Dazu gehört auch, daß die beruflichen Arbeiterorganisationen stark bleiben. Trotz aller gegenwärtigen Schwierigkeiten dürfe man optimistisch bleiben. Große Erfolge seien bereits erzielt worden, so besonders der Beitritt der französischen Landwirte. Ergebnisse wie dieses rechtfertigen es, wenn er seine Darlegungen trotz aller Schwierigkeiten mit dem Rufe schließt: Vertrauen und Hoffnung.

Genf, 26. Oktober. (WZ.) Im Ausschuss für Abänderung der internationalen Abkommen gab es heute einen Zwischenfall.

Der Präsident, Regierungsvertreter Rudont-Kanado, warf den anwesenden Vertretern der Regierungen und Arbeitgeber ihre Haltung gegenüber der Arbeitnehmergruppe vor und lehnte es ab, die vorgelegten Anträge zur Abstimmung zu bringen. Hierauf verließen unter Protest vier Fünftel der Delegierten den Saal.

Der Ausschuss für die Arbeitslosenfrage

billigte heute die einzelnen Schlussfolgerungen des Sonderberichts über die Arbeitslosigkeit, ebenfalls die Punkte, die besonders Untersuchungen des Arbeitsamtes über das Problem empfehlen. Ueber den wichtigen Punkt 8 kam es jedoch nicht zu einer Einigung. Dieser Text fordert Erhebungen über das gesamte Problem der Arbeitslosigkeit, die Rohstoffversorgung, die Valutakrise, die Beziehungen zu Russland, das Problem der interalliierten Schulden und Reparationen im Zusammenhang mit der Arbeitslosenfrage. — Frankreich hatte einen anderen Vorschlag eingebracht, der Erhebungen über eine Reihe von anderen Fragen verlangt, darunter über die Aufgaben der verschiedenen Regierungen, über die Erneuerung und Entwicklung des Transportwesens, über den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete und die wirtschaftliche Tätigkeit in diesen Gebieten, über die internationalen Finanzen, über finanzielle Verpflichtungen und ihre Rückwirkung auf den Arbeitsmarkt sowie über Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen zu Russland usw. Der Ausschuss wird morgen darüber beraten, ob und wie weit der Text Baccard an die Stelle der Schlussfolgerungen des Sonderberichts treten soll.

Ein Abrüstungsbeispiel.

Washington, 26. Oktober. (WZ.) Das Weiße Haus gibt bekannt, die an die Republik von Mittelamerika gerichtete Einladung, am 12. Dezember die Frage der Abrüstung zu erörtern, habe den Zweck, den europäischen Staaten ein Beispiel zu geben. Da diese eingeschlafenen Staaten keine Marine besitzen, so handelt es sich bei diesem Kongress nach den Wünschen des Weißen Hauses um die Erörterung der Landabrüstung.

Gewerkschaftsbewegung

Das große Durcheinander.

Die große Haupt- und Staatsaktion der Kommunisten, der sogenannte Betriebsrätekongress, der das Signal zur Spaltung der deutschen Gewerkschaften sein sollte, stellt sich als ein großer Reinfall heraus. Die von Mostau Geschobenen haben deshalb ihren Kongress verschoben und, um den Eindruck zu erwecken, daß „große Massen“ hinter ihnen stehen, die Basis des Kongresses so sehr ausgedehnt, daß man weit eher von einem großen Durcheinander als von einem Betriebsrätekongress sprechen kann.

Nach der vorletzten Aenderung des Wahlreglements war vorgesehen, daß nicht nur Betriebsräte, sondern auch „andere geeignete, in Arbeit stehende Kollegen“ als Delegierte gewählt werden können, sofern sich die Betriebsräte weigern, am Betriebsrätekongress teilzunehmen. Also wenn in einem Betrieb von z. B. 500 Arbeitern diese mit 400 gegen 100 Stimmen die Beteiligung ablehnen, dann wählt einfach die Minderheit einen Delegierten, der dann als „Vertreter“ von 500 Arbeitern auftritt. Dieser Schwindel, den die Bolschewisten zu einem politischen System entwickelt haben, ist so abgebraucht, daß er nur noch auf ganz naive Gemüter einen Eindruck machen kann.

Aber nicht nur Belegschaften können Delegierte wählen. Hinzu kommen noch die Delegierten der Arbeitskassen, der Mietervereinigungen, der Arbeitsinvaliden, der Kriegsinvaliden und ungezählter anderer Körperschaften.

Dieses Durcheinander ist dem Fünfzehner-Ausschuß noch nicht groß genug. Nach einer letzten Verordnung sollen auch die Jugendlichen zu dem „Betriebsrätekongress“ Delegierte schicken. Während die Betriebe von 2000 bis 5000 Arbeitern einen Delegierten zu wählen berechtigt sind, können die Belegschaften und Jugendlichen schon für 100 beschäftigte Jugendliche einen Delegierten wählen. Wahrscheinlich wegen ihrer größeren Erfahrung. Von einer Wahl dürfte übrigens bei den Lehrlingen kaum die Rede sein. In dem Ulas des Fünfzehner-Ausschusses heißt es nämlich: „Auf je 100 beschäftigte Jugendliche entfällt ein Delegierter.“ Und zu solchen Honswurstereien läßt man ernsthafte Arbeiter ein!

Das kommende Stilllegungsgesetz.

Reichswirtschaftsministerium und Reichsarbeitsministerium legten einem Ausschuß des Reichswirtschaftsrats einen gemeinsamen Entwurf eines Gesetzes über den Abbruch und die Stilllegung gewerblicher Betriebe und die Streckung der Arbeit, des sogenannten Stilllegungsgesetzes, vor. Der Entwurf stellt eine Verschmelzung zweier Demobilisierungsvorordnungen über Betriebsabbrüche und Stilllegungen und über die Einstellung und Entlassung von Arbeitern und Angestellten während der Zeit der wirtschaftlichen Demobilisierung dar.

Im Hinblick auf den zu erwartenden Konjunkturausschlag und in Anbetracht der günstigen Erfahrungen, die bei der Durchführung der bisherigen Bestimmungen gemacht worden sind, soll der Entwurf eine Ueberführung der Bestimmungen in die ordentliche Gesetzgebung bringen. Neben den Industrien und dem Verkehrsgewerbe ist nunmehr auch das Transportgewerbe in das Gesetz einbezogen. Die Sperrfrist für Betriebsabbrüche ist derjenigen für Stilllegungen angeglichen und ebenfalls auf 4 Wochen (bisher 6 Wochen) festgesetzt worden. Für die Festlegung der Entschädigung bei Enteignung wurde an Stelle des ordentlichen Rechtsweges der Einspruch beim Reichswirtschaftsgericht zugelassen. Der Zwang zur Arbeitsstreckung soll mehr noch als bisher auf den Schutz des Arbeitsmarktes eingestellt, jedoch keineswegs der Kündigungsbeschränkung des Betriebsrätegesetzes für den einzelnen Arbeitnehmer gleichgestellt werden. Die Reichsregierung kann deshalb nach Anhörung des Reichswirtschaftsrats mit Zustimmung des Reichsrats Streckung der Arbeit für einzelne Teile des Reichsgebiets oder für bestimmte Berufszweige dann anordnen, wenn die Lage des Arbeitsmarktes es erfordert. Daneben ist für den einzelnen Betrieb noch besonders zu prüfen, ob ihm die Arbeitsstreckung mit Rücksicht auf seine Wirtschaftlichkeit und seine technische Eigentümlichkeit zugemutet werden kann.

Der Lohnkampf in den Wagen- und Karosseriefabriken.

Vom Deutschen Metallarbeiterverband wird uns geschrieben: Auf Grund eines Schiedsspruchs sind die Löhne in den Wagen- und Karosseriefabriken ab 5. bis einschließlich 18. Oktober um 40 Proz., ab 19. Oktober bis einschließlich 1. November um weitere 30 Proz. erhöht worden. Die Arbeitnehmer nahmen diesen Schiedsspruch in einer Versammlung an, im Gegensatz zu den Arbeitgebern, welche den Schiedsspruch wegen der angeblichen Höhe ab-

lehnten. Die Holzarbeiter legten darauf die Arbeit in einigen Betrieben nieder, wodurch die anderen Berufskollegen verpflichtet waren, Solidarität zu üben. Hieraus sprangen die Arbeitgeber sämtliche Arbeiter der Betriebe, die dem Arbeitgeberverbande angehörten, am 17. Oktober aus. Die Löhne, welche bis zum 1. November 1922 durch Schiedsspruch festgelegt worden sind, sollen für Facharbeiter 124,50 M. pro Stunde betragen. Hilfsarbeiter sowie jugendliche Arbeiter haben prozentual einen niedrigeren Verdienst.

Angeichts der ungeheuren Preise für Lebensmittel und Bedarfsartikel ist wohl eine Luxusindustrie, welche hier in Frage kommt, imstande, diese Löhnsätze, die bereits in anderen Berufen überholt sind, zu zahlen. Nach Mitteilung der Arbeitgeber waren sie wohl bereit, in eine neue Verhandlung mit den Vertretern der Arbeiterschaft zu treten, um eventuell eine Regelung nach dem 19. Oktober zu vereinbaren. Dieses Angebot wurde aber seitens der Arbeiterschaft abgelehnt, da für sie nur der volle Schiedsspruch in Frage kommen kann. Im Laufe der Bewegung haben sich 26 Firmen bereit erklärt, den Schiedsspruch untergeordnet anzuerkennen und einen Vertrag mit den in Frage kommenden Organisationen der Arbeitnehmer abzuschließen.

Daß es zu diesem Kampfe kam, dafür trifft einzig und allein die Verhandlungskommission der Arbeitgeber die Verantwortung. Es war früher gerade in dieser Berufsgruppe Sitte und Gebrauch, bei Verhandlungen Entgegenkommen zu zeigen. Die Taktik dieser Herren ist aber jetzt derartig, daß die Arbeiterschaft sich jetzt und auch für die spätere Zeit zu rüsten hat, um unter allen Umständen diese Herren zu einer ordnungsgemäßen Verhandlung zu zwingen. In der jetzigen Zeit aus diesen Gründen eine so große Zahl von Arbeitern rücksichtslos auf die Straße zu werfen, ist einfach unverantwortlich.

Wir appellieren an unsere Kollegenschaft Groß-Berlins, daß sie unter keinen Umständen, wenn ihnen Arbeit vermittelt wird, in diesen bestrittenen und ausgesperrten Betrieben in Arbeit treten. Die Arbeitsnachweise werden den Arbeitssuchenden Auskunft geben können, wo bereits Bewilligungen stattgefunden haben. Solange jetzt und in Zukunft keine anderen Verhältnisse hier eintreten, sollen sich die Arbeiter überhaupt erst überlegen, bei diesen Firmen noch in Arbeit zu treten.

Zu bemerken ist hierbei noch, daß im Gegensatz zu den kleinen und Mittelbetrieben, die die neuen Löhnsätze zahlen, die großen Firmen, die wohl zahlen können, sich ablehnend verhalten.

Maßregelungen bei der Deutschen Bank.

Aus den Kreisen der Angestellten wird uns geschrieben: „Die Deutsche Bank geht jetzt dazu über, um die Angestellten zur Ableistung von Ueberstunden zu zwingen, Vertrauensleute des Allgemeinen Verbandes vorläufig zur Disposition zu stellen, mit der Maßgabe der späteren Entlassung. Die Hoffnungen, die die Herren Michalowsky und Ullmann an ihre alten Maßnahmen knüpfen, erfüllen sich aber nicht. Im Gegenteil, die Angestellten halten noch fester zusammen, organisieren sich und sind entschlossen, durchzuhalten bis zur Erreichung der von den Verbänden aufgestellten Forderungen. Charakteristisch für den Geist der Direktoren ist das Wappen, das dieses Institut immer noch trägt: man sieht darin einen Adler mit Kaiserkrone und schwarzer Adlerordenskette um den Hals. Wann endlich wird der Vorstand der Bank sich von den Scharfmachern Michalowsky und Ullmann trennen?“

Von dem Ueberstundenstreik, der von den Bankbeamtenorganisationen bekanntlich beschlossen worden ist, um die Bankleitungen zu Nachverhandlungen über die Uebergehälter zu zwingen, sind bisher 24 deutsche Bankplätze betroffen worden, darunter Berlin, Hamburg, München, Frankfurt a. M., Köln, Düsseldorf, Breslau und Dresden. Von dem weiteren Verlauf der Dinge dürfte es abhängen, ob die Organisationen zur Ausübung eines stärkeren Drucks auf die Arbeitgeber zu schärferen Maßnahmen greifen.

Lohnabschluß der Feilenarbeiter.

In einer am 23. Oktober abgehaltenen Versammlung der Feilenarbeiter am Mittwochabend wurde vom Branchenleiter Schmiedl über das Resultat der Lohnverhandlungen mit dem „Deutschen Feilenbund“ berichtet. Nach vierstündiger Verhandlung erklärten die Arbeitgeber sich bereit, ab 23. Oktober bis 19. November 650 Proz. auf die Mai-Löhne (gleich 57 Proz. auf die Oktober-Löhne) zu bewilligen. Spätestens eine Woche vor Ablauf des Endtermins sollen Verhandlungen über weitere Regelung der Löhne stattfinden. Lohnverhandlungen sind auch schon vorher zugelassen, wenn die Leuerungsverhältnisse inzwischen eine erhebliche Steigerung erfahren sollten.

Der Bericht wurde von Bogeler, Vertreter des Deutschen Metallarbeiterverbandes, noch in einigen Punkten ergänzt. Nach der anschließenden Aussprache, in der gefordert wurde, bei der nächsten Verhandlung auf eine der Situation entsprechende Erhöhung der Löhne zu dringen, stimmte die Versammlung der Arbeitnehmer dem Angebots zu.

Die Bewegung der Kellerarbeiter beendet.

Für die in den Weinellereien und Spirituosenbetrieben beschäftigten gewerblichen Arbeitnehmer ist die Bewegung dadurch beendet, daß der Arbeitgeberverband der Getränkeindustrien und ver-

wandter Gewerbe von Groß-Berlin E. B. den Schiedsspruch vom 11. Oktober angenommen hat.

Bedruckte Exemplare der Lohnvereinbarung sind im Verbandsbureau der Transportarbeiter, Engelauer 24/25, Zimmer 31 u. 32, gegen Mitgliedsausweis zu haben.

Lohnverhandlungen im Saargebiet. Auch in den erneuten Verhandlungen in der weiterverarbeitenden Industrie des Saargebietes kam man zu keinem endgültigen Ergebnis. Angeboten wurde von Arbeitgeberseite eine Ausgleichzulage von 19 000 M. (für gelehrte Arbeiter mit Frau und zwei Kindern), außerdem eine 120prozentige Erhöhung der Löhne. Umgerechnet kommen Stundenlöhne von rund 230 M. heraus. Seitens der Gewerkschaftsvertreter sind noch Verbesserungsvorschläge gemacht worden. Die Verhandlungen sollen in den nächsten Tagen stattfinden.

Verband der Buchbinder und Papierer Arbeiter. Freitag 1/2 Uhr auf dem Ortsbureau, Engelauer 24, erweiterte Verwaltungssitzung. Bestimmtes Erscheinen aller Mitglieder der erweiterten Verwaltung erwartet.

Reis Lehrervereinigung. Sonnabend 7 Uhr im Rathaus, Rönigstraße, Zimmer 6, Geschäftsöffnung. Tagesordnung: 1. Schutz der Regierung durch die Schulen. 2. Gesetz über die religiöse Erziehung der Kinder. 3. Dienstanweisung für die Berliner Volksschulen.

Aus der Partei.

Zur Einigung im Bezirk Magdeburg-Anhalt wurden außer den organisatorischen Vereinbarungen in der Zeitungsfrage folgende Abmachungen getroffen: Die „Volkzeitung“ stellt mit dem 1. November ihr Erscheinen ein. Die „Volkstimme“ sowie die übrigen bisherigen Parteizeitungen der SPD. im Bezirk gelten als Parteiorgane der Vereinigten Partei. Das Personal der „Volkzeitung“ wird, soweit es von der „Volkstimme“ nicht übernommen werden kann, im Bedarfsfalle nachträglich eingestellt. Von den drei Redakteuren der „Volkzeitung“ werden zwei von der „Volkstimme“ übernommen. Von den Angestellten der „Volkzeitung“ erhält der bisherige Geschäftsführer eine Stellung, die durch die Pressekommission bestimmt wird. Die übrigen Angestellten werden bis zum 31. Dezember übernommen. Die Pressekommission der „Volkstimme“ wird durch vier Mitglieder der bisherigen „Volkzeitung“ verstärkt, von denen einer auf Beschluß der Kommission als Firmenträger zu ernennen ist.

Die Einigung in Braunschweig geht dahin, daß die sozialdemokratischen Ortsvereine des Freistaates einen selbständigen Bezirk bilden, mitlin aus der Vereinigung mit dem Bezirk Hannover auscheiden. Die Grenzen des Braunschweiger Bezirks werden durch die neue Wahlkreiseinteilung im nächsten Jahre endgültig festgelegt. „Volkfreund“ und „Freiheit“ werden vom 1. November ab zusammengelegt, unter dem alten Titel „Volkfreund“. Im Verbreitungsbezirk der „Oberweser Volkzeitung“ wird diese den bisherigen „Freiheit“-Lesern zugewiesen. Zu Bezirksvorsitzenden wurden die Genossen Berke und Schumacher gewählt.

Volkzeitung für das Vogtland. Der bisherige Redakteur der „Volkstimme“ in Plauen, des früheren Parteiblattes der SPD, Genosse Fritsch, ist in die Redaktion der „Volkzeitung“ eingetreten, der außerdem die Genossen Bieligt und Knauf angehören und zu deren Unterstützung Genosse Gerhart Seger zurzeit noch tätig ist.

Der Parteibeitrag im Bezirksverband Hessen-Nassau wurde ab 1. November auf 10 Mark wöchentlich für männliche und auf 5 Mark für weibliche Mitglieder festgesetzt.

Weiter bis Sonnabend mittag. Kälte und gelbliche Wetter, im östlichen Küstengebiet leichte Niederschläge, sonst überwiegend trocken bei mäßigen westlichen bis nordwestlichen Winden, in der Nacht zu Sonnabend allgemein Frost.

Verantwortlich für den redakt. Teil: Victor Schiff, Berlin; für Anzeigen: E. Glode, Berlin, Verlag Bernhardt-Berlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Hermann-Druckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 3, 10178 Berlin.

Während Ihrer Berufstätigkeit und auf der Reise sind Sie bei Ermüdung oder Halsentzündung meist vertriebt, zu geringen Panflavin-Pastillen reichen das Gurgeln und sind jederzeit bequem zu nehmen. Lassen Sie sich 1 bis 2 Pastillen im Mund zergehen. Panflavin-Pastillen üben eine hemmende Wirkung auf Entzündung und Entlastung der Rachenschleim- und Schleimhäute aus. Sie sind angenehm von Geschmack und treffen den Magen nicht an. Von ersten Fortschritten warm empfohlen. Erhältlich in Apotheken und Drogerien.



Stoffe für Herren- u. Damen-Bekleidung beste Qualitate, große Auswahl, Verkauf unterwies G. m. b. H. Koch & Seeland Gertraudenstr. 20-21.

Maßfary.
Delft

edel wie
der Name



Fritzi
Maßfary

eine Zigarette
von Rang

KON
LINON

Urteilen Sie selbst!

Bürgerlicher Kampf gegen die weltliche Schule.

Ein Stadterordnetenbeschluss fordert mehr Erwerbslosenfürsorge.

In der Stadterordnetenversammlung versuchten gestern die Leute des Herrn Werten, seine Demokraten und mit ihnen alle rechtsstehenden Fraktionen, einer neuen Vorstoß gegen die weltliche Schule. Oberstadtschulrat Paulsen forderte Achtung vor den Beschlüssen des Magistrats, der in dieser Frage in einem scharfen Gegensatz zu der Schuldeputation steht. Ihm stimmte die ganze Räte bei; im besonderen geistigte Genosse Kreuziger das Verhalten der Schuldeputation, deren Beschlüsse er eine unerhörte Däpierung der Bevölkerung nannte. Herr Werten behauptet, seine Gefolgschaft habe in diesem Kampf ein gutes Gewissen, und die ganze Rechte tabte Beifall. Genosse Paulsen, der noch mehr das Wort nahm, fertigte ihn wirksam ab. — Bei der Vorlage über das Statut der Erwerbslosenfürsorge schiederte Genosse Regge die Räte der Erwerbslosen. Ein Antrag der Vereinigten Sozialdemokratischen Fraktion, der die Reichsregierung auf die Notwendigkeit einer der Geldentwertung angepassten Aufbesserung der Erwerbslosenunterstützung hinweist, wurde angenommen.

Auch gestern waren zunächst wieder 4 Dringlichkeitsanträge zu erledigen. Ohne Widerspruch wurde der Antrag Heilmann-Wenzl (Soz.) gegen die vom Magistrat für den Winter beabsichtigte Schließung der Schwimmbäder zu protestieren und deren Offenhaltung zu verlangen, zugelassen und angenommen. Auf Widerspruch bei den Kommunisten stieß dagegen der Antrag der Rechte, Maßnahmen gegen den Ausverkauf städtischen Hausbesitzes an Ausländer vom Magistrat zu fordern, sowie der Antrag der Bürgerlichen, den Magistrat zu ersuchen, umgehend dafür Sorge zu tragen, daß das das vaterländische Gefühl aus schwerer verletzende Plakat der „Komischen Oper“ von den städtischen Anschlagtafeln entfernt wird. Auf Antrag der Kommunisten wurde ihr in voriger Sitzung eingebrachter Antrag wegen Haftentlassung ihres Fraktionsgenossen Dr. Rosenbergs vorweg verhandelt, von Dr. Alexander begründet und von Dr. Weinberg (Soz.) unterstützt, der auch in der Verhaftung Rosenbergs, der angeblich an der kommunistischen Funktionärsversammlung am Freitag vor dem Zirkus-Busch-Samstag teilgenommen haben soll, ein Mitglied in der langen Reihe der Justizstandale der letzten Jahre erblickt. — Die Deutschnationalen setzten unter Berufung auf getroffene Abmachungen durch, daß mit Rücksicht auf die Verhinderung eines Teils ihrer Mitglieder durch die Teilnahme an Deutschnationalen Parteitag die Abstimmung verschoben wurde. Hierauf wandte sich die Versammlung zu der Anfrage der DDB, und der Dem.: „Wie verläuft, hat der Magistrat Schritte getan, um in den Bezirken Wedding und Tiergarten die

richtung der Schule vorgenommen. Am 17. August beschloß die Schuldeputation, der Errichtung im Wedding und Moabit zum 1. Oktober grundsätzlich zuzustimmen; zur Ausführung wurde eine Kommission eingesetzt, der auch Herr Troll und Herr Werten angehörten. Dieser Ausschuss hat alle Vorbereitungen so getroffen, daß wir von heute ab morgen an die Errichtung gehen könnten; die technischen Schwierigkeiten waren im ganzen überwunden. Dann trat eine Wendung ein: am 2. September kam die Schuldeputation zum entgegengesetzten Beschlusse; sie hielt zwar an der grundsätzlichen Zustimmung fest, wollte aber die Ausführung bis 1. April 1923 verschieben. Die städtische Schulverwaltung betonte ausdrücklich, daß alle Vorbereitungen getroffen seien und daß die Postlösung der beiden Gruppen voneinander alsbald vorgenommen werden sollte angesichts der Beurlaubung der schon so lange auf ihre Schule wartenden Kreise. Ich habe den Magistrat von diesem überraschenden Beschlusse unterrichtet, und der hat folgenden Beschlusse gefaßt: „Unter Bezugnahme auf die Beschlüsse der Schuldeputation vom 17. August und 21. September ersucht der Magistrat das Provinzialschulkollegium, die Errichtung von Sammelklassen zum 1. Oktober abzuordnen. In dieser vorsichtigen Formulierung nimmt der Magistrat zu diesen Beschlüssen gar nicht Stellung; wir wollen nicht den zweiten Beschlusse der Schuldeputation aufheben. Mit einem solchen Verlangen hätten wir unsere Kompetenz überschritten; die Schulaufsichtsbehörde kann aber jederzeit die von ihr der Schuldeputation erteilte Befugnis wieder aufheben. Der Magistrat respektiert also den Beschlusse der Schuldeputation. Wir fehlt das Verständnis für die Haltung derjenigen, die grundsätzlich für die Sammelklassen sind, deren Herbeiführung aber durch ihre Beschlüsse vereitelt.“

Direktor Goh (Komm.): Die Schuldeputation hat sich ein echtes Schuldüßerstückchen geleistet. Wir haben für solche Sammelklassen nichts übrig, denn wir stehen auf dem Boden der einheitlichen proletarischen Arbeitsschule. In der Schuldeputation sind auf den Einspruch der arbeitslosen Elternbeiräte die DDB, und die Dem. umgefallen; auch in einer außerordentlichen Sitzung scheiterten alle Bemühungen des Oberbürgermeisters und der Geheimräte vom Provinzialschulkollegium am Sturzplan der Mehrheit. Jetzt drohen Schulkreise; die Verantwortung dafür fällt auf die bürgerlichen Parteien.

Kreuziger (Soz.): Seit drei Jahren wartet man in Moabit und auf dem Wedding auf die Einlösung des Versaffungsversprechens; seit einem Jahr hofft man auf die

Sammelklassen, für die 5000 Kinder angemeldet sind.

Seht heißt es, man müsse der „maßlosen Agitation“ entgegenreten, und man will den Termin bis 1. April 1923 verschieben. Was soll man zu solchem Schulmeisterstandpunkt sagen? Der Beschlusse der Deputation ist eine unerbittliche Bräskierung der Bevölkerung; die Elternschaft wird sich das nicht ohne Widerspruch gefallen lassen. Man will eben gleichzeitig die weltliche Schule sabotieren und Paulsen dauernd ein Bein stellen. Es liegt bei einzelnen, wie bei Herrn Werten, geradezu persönliche Feindschaft vor.

Werten (Dem.) protestierte gegen diese Unterstellung. Die Schwierigkeiten schaffe sich Paulsen selbst durch seine verfehlte Taktik. Kreuziger entfernte sich himmelweit vom Standpunkt des Deutschen Lehrervereins. Diese weltliche Schule werde eine reine Parteischule werden. Die Unterbringungsfrage sei nicht gelöst, und mehr als 80 Proz. der Bevölkerung wollten die weltliche Schule nicht haben. Es sei wohl noch kaum vorgekommen, daß ein Magistrat die Aufsichtsbefugnisse gegen eines seiner eigenen Organe angerufen habe. Auch die Sozialdemokraten hätten die Verantwortung für die Erhaltung der Ruhe in der Bevölkerung zu tragen.

Der Stadtschulrat erwiderte Herrn Werten, es sei wohl auch noch nie vorgekommen, daß ein Organ des Magistrats in dieser Weise sich überschreite wolle. — Die Abstimmung über den Antrag Troll wurde verschoben.

Dem Antrag der Kommunisten auf Gewährung von 10 000 M. an den „Proletarischen Gesundheitsdienst“ für die beim Unglück am Bahnhof Schönhauser Allee geleiteten Samariterdienste versagte die Mehrheit nach dem Ausschuh Antrag die Zustimmung, nachdem Frau Dr. Wggodzincki (Soz.) dargelegt hatte, daß neben dem „Roten Kreuz“ und dem „Arbeiter-Samariterbund“ jene dritte Organisation unnötig sei.

Die vom Magistrat beantragte Abänderung des Statuts der Erwerbslosenfürsorge

gab dem Gen. Rogge Gelegenheit, den kläglichen Zustand dieser Fürsorge ins rechte Licht zu rücken und den Antrag zu stellen, den Magistrat zu ersuchen, sofort beim Reichsarbeitsministerium vorstellig zu werden, damit die seit einem Jahre unverändert vorliegenden Sätze der Geldentwertung angepasst werden, und eine Abänderung der Verordnung dahin zu erwirken, daß die Arbeitslosen nicht der Fürsorge ihrer Familien anheimfallen brauchen. — Nach einer entgegengesetzten Erklärung des Stadtrats Brühl nahm die Mehrheit diesen Antrag an und lehnte den Antrag der Kommunisten auf Hervorhebung der Sätze ab.

Die Vorlage wegen Erhöhung der Beitraggebühren in den städtischen Bäckereien empfahlen Dr. Löwenstein (Soz.) und Goh (Komm.) zurückzuziehen, während Troll (Nat.) der Vorlage zustimmte. Auch diese Abstimmung wurde vertagt.

Bei der Vorlage wegen Neuordnung der Unterbringung der Zwangsgaststation für geistlichsinnliche Frauen, wofür im Obdach seit nunmehr 28 Jahren ein Provisorium besteht, kam es ebenfalls nicht zu einer Entscheidung. Der Ausschuss hat die Verlegung nach Rummelsburg abgelehnt und den Ausbau der Räume in der Preßestraße empfohlen; Clajus (Soz.) sprach gegen den Ausschuhvorschlag und für Zurückverweisung an den Ausschuss.

Zu den früheren Anträgen der Demokraten und der Deutschen Volkspartei auf Ueberweisung von 50 000 bzw. 100 000 M. an die

Technische Nothilfe

sprachen Beuster (Dem.), der die ablehnende Haltung des Ausschusses lebhaft bedauerte, und Paitloch (Soz.), dieser im Sinne des Ausschuhvortrages. Auf die Angriffe Schumachers (Komm.) erwiderte Stadtrat Koblenzer, der hervorhob, daß nach dem jetzigen Stande der Verhandlungen zu hoffen sei, daß über die Ausführung der Notstandsarbeiten mit den Arbeiterorganisationen eine Verständigung erzielt wird, die die Technische Nothilfe überflüssig macht. — Auch hier Verschiebung der Abstimmung.

Ueber die Vorlagen betr. anderweitige Festsetzung der Strompreise und Einführung einer Teuerungsklausel für die Berechnung des Wasserpreises berichtete Dr. Borchardt (Soz.), der Ausschuss hat in beiden Punkten prinzipiell zugestimmt, aber die Zustimmung befristet. In der Aussprache ließ die DDB durch Dr. Kundt erklären, daß die endlose Inspannung der Tarifschraube nicht nach ihrem Geschmack sei, daß ihr Ideal nach wie vor auf dem Gebiet des Privatbetriebes liege. Der Kammerer wandte sich gegen die Fristen und bat inständig, sofort zu entscheiden, um die Riesenansätze der Stadtkasse zu vermindern. Die Deutschnationalen waren auch geneigt, ihm entgegenzukommen, aber Schumacher (Komm.) bezweifelte die Beschäftigungsfähigkeit, und der Vorkeser hielt es für geraten, die Probe auf die Beschäftigungsfähigkeit nicht zu machen. Er schloß die öffentliche Sitzung um 1/10 Uhr.

Kartoffelflut.

Schwierigkeiten im Eisenbahnverkehr.

Aus der Eisenbahndirektion erfahren wir, daß die zurzeit sehr spärlichen Störungen der Güterbeförderung hauptsächlich auf die starke Mehrung der Kartoffelzufuhren zurückzuführen werden. Von der für das gesamte Reichseisenbahngebiet auf 34 Mill. Tonnen geschätzten diesjährigen Kartoffelernte entfallen sechs Millionen Tonnen auf die Beförderung mit der Bahn, das ergibt 400 000 Güterwagenladungen (zu je 15 Tonnen). In den sechs Wochen von Anfang September bis Mitte Oktober sind in dem ganzen Reichseisenbahngebiet 128 300 Wagen mit fast zwei Millionen Tonnen Kartoffeln befördert worden, nämlich im Durchschnitt 3200 Wagen mit fast 50 000 Tonnen (= 1 000 000 Zentner). Dazu kommt noch ein außerordentlich starker Kartoffel-Eilgutverkehr.

Auf Bahnhöfen Berlin sind hauptsächlich aus dem nördlichen Brandenburg, Mecklenburg, Pommern, Ostpreußen und Schlesien, z. B. in den drei Wochen vom 2. bis 24. Oktober im vorigen Jahr 1634, 2843, 1643 Wagenladungen, in diesem Jahr aber 2036, 3988, 2404 Wagenladungen Kartoffeln angekommen. Stellenweise sind bedeutende Vorkräuse geblieben, 35 bis 50 Proz., so daß der Wagenumlauf sich verlangsamt und in den Versandgebieten die Wagen fehlten. Die Zunahme der Eilgutladungen von Kartoffeln ist noch stärker; gezählt wurden für Berlin z. B. in der Woche vom 10. bis 17. Oktober im vorigen Jahr 70 387 Zentner, in diesem Jahr 164 807 Zentner. Um Platz in den überfüllten Speichern der Güterabfertigungen zu gewinnen, hat man zu ver-

4) Sachawachial der Eskimo.

Don Einar Mikkelsen.

So arbeitete er sich vorwärts; der kurze Tag hatte längst der Nacht Platz gemacht, der Himmel war mit Laufenden von Sternen übersät, die sich leuchtend von dem dunkeln Hintergrunde abhoben. Aber weiterhin glänzten irdische und erreichbare Sterne: die Lichter, die aus den kleinen Hütten der Goldgräber schienen — sie interessierten ihn mehr, dort war das Ziel der Reise.

Da schwang Migi seine Peitsche und spornete die Hunde mit freudigen Jurnen an: „Rusch, wollt ihr hoch, bald sind wir drinnen, können weich und warm schlafen in der Nacht,“ und es war, als ob die Hunde verstanden, daß das Ende der Reise gekommen sei, die Lust ihres Führers am Vorwärtskommen steckte sie an, und je mehr sie sich der Stadt näherten, desto besser zogen sie. Als Migi um die äußerste Spitze herumfuhr und auf den Fluß einschwenkte, sprangen die Hunde nur so in ihrem Geschirr vorwärts, der Schlitten folgte mit einem Ruck, und er warf sich über ihn, klammerte sich daran fest, setzte sich dann zurecht, und mit stolzer Fahrt leuchte er über das blanke Eis des Flusses der Stadt zu, die man jetzt im Lichterglanze voller Menschen und Tiere sehen konnte. Häuser standen auf beiden Seiten des Weges, Leute kamen heraus, starrten durch die Dunkelheit und erkannten einen Schlitten, der von zehn ausgelassenen Hunden, die Müdigkeit, Hunger und böse Füsse vergessen hatten, gezogen wurde. Oben auf der Ladung sah ein Mann und schwang übermäßig seine Peitsche; er lachte und rief allen, an denen er vorbeikam, ein „Freunde, Guten Tag,“ zu, und die Reugierigen, die da im Dunkel standen, lächelten und riefen ein „Guten Tag“ zurück, ehe sie in ihr warmes Haus gingen und die Tür hinter sich und dem tiefen Nicht schlossen, das durch die Türöffnung als Sporn und Wegführer für Migi hinausströmte.

Alle die Anfassigen zuckten die Schultern über den vergnügten Schlittentänzer; jetzt waren sie alle warm und satt, aber sie hatten doch die Beschwerden des Schlittenebens kennen gelernt und die Freude beim Erreichen des Zieles. Sie verstanden Migs Uebermut und fühlten mit ihm, aber wenn sie die Tür geschlossen hatten, orientierten sie einander an, während sie sich vor Wohlbehagen schüttelten. „Habt ihr den

Verrückten vorbeifahren hören? Gott weiß, was das für ein Sturmwind sein mag, der heute Nacht durch Candie bläst.“

Migi fand eine Unterkunft für sich und seine Tiere. Fremde kamen und fragten ihn, vor Neugierde brennend, aus. — Wo kommt er her, der lustige Hundetänzer? — wozu der Lärm, warum diese Freude? Aber als sich das Gerücht durch die Hauptstraße der Stadt verbreitete, daß der Fremde hoch aus dem Norden, von der Flammann-Insel kam, entstand ein vorübergehendes Schweigen. Sie sahen einander an, diese reisegewohnten Leute, das war doch ein Teufelskerl, und die Fragen schwirrten durch die Luft, weshalb, was treibt ihn mitten im tiefsten Winter hierher, hat er Gold da oben gefunden?

Am nächsten Tage, nach einer herrlichen Nacht mit totenschlafähnlichem Schlaf in einem richtigen Bett, suchte Migi den Sheriff auf und fragte nach Iglurut.

„Iglurut,“ antwortete der Mann langsam und nachdenklich, „wer ist das? Ich kenne sie nicht.“

Migi wurde traurig zornig; wenn sie nicht hier war, wo war sie denn? Sollte er seinem Freunde, dem alten Sachawachial, der hoch oben im Norden auf seine erste Frau wartete, solche Enttäuschung bereiten?

„Befinnen Sie sich doch,“ sagte er zum Sheriff, „sie kam hierher vor ungefähr fünfundsiebzig Jahren, eine Eskimofrau, die mit einem Weichen aus Point Barrow davonkam, einem Manne, der der schwarze Soe hieß, kennen Sie sie nun?“ Aber der Sheriff schüttelte den Kopf. „Sie irren sich, mein Freund, hier ist keine Frau, die Iglurut heißt.“

Aber plötzlich durchfuhr ihn ein Gedanke: — „Ei, ei, Fremder, meinen Sie etwa Sweet Mary?“ Und er kniff das eine Auge zu und sagte, „na ja, die! Sie wird oft von Männern besucht, die von langen Schlittentouren kommen. Aber es ist doch das eritemal, daß ich als Obrigkeit danach gefragt werde, wo sie wohnt. Junger Mann, hören Sie auf meinen Rat, lassen Sie die Finger von ihr!“

„Weshalb?“ fragte Migi scharf.

„Na ja, weshalb, weil — na, das ist ja schließlich Ihre Sache, das müssen Sie selber wissen, es war nur ein freundschaftlicher Rat. Aber jetzt, wo Sie Ihren Namen nennen, fällt es mir auch wieder ein, es war gewiß irgend etwas faul an der Geschichte. Ich selber war nicht hier als sie herkam, doch Leute, die schon länger in der Stadt wohnten, erzählten von einem Manne, der mit einer Frau anlangte, und dem die blasse Furcht in den Gliedern sah; er lud das Weib ab und

verschwand, die Götter wissen wohin. Wie hieß doch ihr Eskimomann gleich, das war der, der die Leute von Ice Cape rettete — Sacha —“

„Sachawachial,“ sagte Migi, von den Worten des Sheriffs peinlich berührt, „ja, er ist ein braver Mann, mein Freund!“

„Soooo,“ sagte der Sheriff, und pff, „und die Frau?“

„Ja, die kenne ich nicht, aber ich komme mit einer Botschaft von ihrem Mann, dem ersten, Sachawachial. — Ich habe mit ihm zusammen überwintert, sogar mehrere Winter, und kenne ihn gut. Er hat mich gebeten, ich möchte sie auffuchen und zu ihm senden, er will für sie sorgen, er meint, es sei Sünde, sie so weit weg von allen Freunden wohnen zu lassen.“

„Gott soll mich bewahren,“ brach der Sheriff aus tiefstem Herzen aus, „das kann doch nicht Ihr Ernst sein! Sie taugt gar nichts mehr, ist zu nichts mehr nütze. Sie wäscht etwas für die Leute und hilft dazwischen den Männern, sie ist erledigt, sie darf nie wieder in ihr Heimatland zurück, sie würde zu großen Schaden anrichten; Gott weiß, wie gern wir sie los sein würden, hier richtet sie auch nur Schaden an, aber bedenken Sie, was da oben alles durch sie vernichtet werden kann.“

Lange sprachen sie von ihr, und Migi erzählte von Sachawachial und Douglamana, von dem Pelzwerk, das er auf dem Schlitten habe, von den neuen warmen Kleidern und von den beiden Ästen, die da oben, tausend Meilen von Candie lagen und warteten. Still sah der Sheriff da und hörte zu. „Arme Leute,“ sagte er, als Migi schwieg, „arme Frau — aber kommen Sie — gehen Sie hin und sehen Sie selbst, dann können wir weiter über die Sache sprechen.“

Migi ging durch die Stadt zu einigen Hütchen hin, die eine Gruppe für sich bildeten, elenden Löchern, die ansehend am Einfließen waren. Frauengekreisch und lautes Männerlachen scholl aus den Hütten heraus. Von der zusammengewürfelten Bevölkerung der Goldgräberstadt wohnte hier der Abbub; Migi duckte sich, er wollte nicht gern dort gesehen werden.

Er fragte sich durch und fand Igluruts Hütte, klopfte an und ging hinein.

Es dauerte ein Weilschen, bis sich seine Augen an den dunklen Raum gewöhnt hatten und die Gegenstände unterscheiden konnten: ein Bett, ein kleiner Tisch mit Speisereisen, umhergeworfene Sachen — eine fürchterliche Unordnung und ein entsetzlicher Gestank. (Schluß folgt.)

